



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
6. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013/2018
am Dienstag, 01.04.2014

Ort: Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordner Allee 2- 6,
23560 Lübeck,
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 18:47 Uhr

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Andreas Sankewitz- SPD

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Ingo Schaffenberg- SPD
Antje Jansen- DIE LINKE
2. stv. Stadtpräsident Rolf Klinkel- Bü90/DIEGRÜNEN
Heidemarie Menorca- CDU
Peter Petereit- SPD

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Nil Gersdorf- CDU	
Ursula KehI- Bü90/DIEGRÜNEN	Vertretung für: Frau Akyurt, Michelle
Jean Paul Köpsell- SPD	Vertretung für: Frau Roepke, Antje
Natalie Regier- BfL	
Uwe Sanders- FDP	
Ulrike Siebdrat- SPD	
Sieglinde Thors- CDU	Vertretung für: Herrn Stabe, Henning
Sascha Trakowski- Die PARTEI-PIRATEN	
Aneta Wolter- CDU	Vertretung für: Herrn Thalau, Thomas

Verwaltung

Senator Sven Schindler- FB 2 - Wirtschaft und Soziales
Aenne Beuck-
Monika Borso-
Dr. Michael Hamschmidt-
Marion Höfs-
Jörg Kaminski-
Freya Körner-
Volker Langhans-
Beate Leu-
Sigrid Roggensack-
Elke Sasse-
Matthias Schröder-
Claudia Schwartz-
Achim Selk- - Stadtplanung

Protokollführung

Britta Bormann-

Gäste

Erika Bade- Behindertenbeauftragte
Karina Glisovic- Personalrat SIE
Silke Graff- Personalrat SIE
Beate Herrmann- Personalrat SIE
Peter Jugert- Seniorenbeirat
Brigitte Schäfer-Reimers- Arbeitskreis PRO KISS
Joachim Tag- Jobcenter Lübeck
Hartmut Wahl- Arbeitskreis PRO KISS
Astrid Wörn- Arbeitskreis PRO KISS

Entschuldigte Mitglieder

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Michelle Akyurt- Bü90/DIEGRÜNEN	fehlt entschuldigt
Henning Stabe- CDU	fehlt entschuldigt
Thomas Thalau- CDU	fehlt entschuldigt

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Antje Roepke- SPD	fehlt entschuldigt
-------------------	--------------------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 04.03.2014
5. Mitteilung des Vorsitzenden
6. Berichte
 - 6.1. Umsetzung Maßnahmenplan SeniorInnenEinrichtungen (SIE)
-ständiger mündlicher Sachstandsbericht-
 - 6.1.1. Antrag zu TOP 6.1 Umsetzung Maßnahmenplan Seniorenneneinrichtungen (SIE)
Vorlage: VO/2014/01519
 - 6.2. Soziale Stadt Moisling
-mündlicher Bericht Herr Selk (Fachbereich 5)-
 - 6.3. Jahresbericht 2013 der Beauftragten für Menschen mit Behinderung in der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2014/01414
 - 6.4. KISS
7. Beschlussvorlagen
8. Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
 - 8.1. Resolution Frauenhausplätze
Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft vom 29. August 2013; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: VO/2013/00907
9. Mitteilungen aus dem Fachbereich 2
 - 9.1. Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte
Sitzung Ausschuss für Soziales am 01.04.2014
Vorlage: VO/2014/01482

- 9.2. Besetzung der Planstelle der Leitung des Bereiches 2.500 - Soziale Sicherung -
- 9.3. Bereichsreport; hier: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
- 9.4. Anpassung des "Schlüssigen Konzepts"
- 10. Anfragen
- 11. Anträge von Ausschüssen/Ausschussmitgliedern
 - 11.1. KISS
Antrag von AM Antje Jansen
Vorlage: VO/2013/00994
 - 11.2. Weiterführung des Senioren- und Freizeitpasses
Antrag von AM Heidi Menorca
Vorlage: VO/2014/01458
 - 11.3. Optimierung Raummanagement "Am Behnckenhof"
Antrag von AM Natalie Regier
Vorlage: VO/2014/01443
- 12. Verschiedenes
- 16. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören

Der Vorsitzende eröffnet die 6. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode 2013 – 2018.

Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, eine Vertreterin der Presse sowie die Öffentlichkeit.

Der Vorsitzende begrüßt außerdem Herrn Krause und Herrn Niewöhner als Mitglieder der Bürgerschaft, Herrn Jugert als Mitglied des Seniorenbeirates sowie Frau Bade als Beauftragte für Menschen mit Behinderung.

Zum Thema „KISS“ begrüßt der Vorsitzende Frau Schäfer-Reimers, Frau Wörn und Herrn Wahl von „PRO KISS“, die als sachverständige Personen gemäß § 16c Abs. 2 GO eingeladen wurden.

Frau Akyurt fehlt entschuldigt; für sie ist Frau Kehl anwesend.

Frau Roepke fehlt ebenfalls entschuldigt; Herr Köpsell übernimmt ihre Vertretung.

Für Herrn Stabe und Herrn Thalau, die ebenfalls entschuldigt fehlen, sind Frau Thors und Frau Wolter anwesend.

Der Vorsitzende verpflichtet Frau Thors und Frau Wolter gemäß § 46 Abs. 6 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten und führt sie in ihr Amt ein.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Unter dem TOP 9 – „Mitteilungen aus dem Fachbereich 2“ werden weiterhin zu folgenden Themen Mitteilungen gegeben:

9.2 Besetzung der Planstelle der Leitung des Bereiches 2.500 - Soziale Sicherung -

9.3 Bereichsreport; hier: Thema „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“

9.4 Anpassung des „Schlüssigen Konzepts“

Vor Sitzungsbeginn wurde ein Antrag von Herrn Schaffenberg zu TOP 6.1 „Umsetzung Maßnahmenplan SeniorInnenEinrichtungen“ umverteilt, der dem TOP 6.1.1 zugeordnet wird.

Vor Sitzungsbeginn wurde außerdem eine Nachtragstagesordnung zum Thema „KISS“ umverteilt, mit der der TOP 11.1 dem Berichts-TOP 6.4 zugeordnet wurde.

Unter TOP 14.1 (nichtöffentlicher Teil) erfolgt gegebenenfalls eine Erörterung zur „Wirtschaftslage der SeniorInnenEinrichtungen“.

Herr Senator Schindler begründet den Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit.

Es sprechen außerdem Frau Jansen und Frau Regier.

Außerdem bittet Herr Senator Schindler, die unter TOP 10.1 vorgesehene Antwort zur Anfrage von Frau Menorca zum „Krankenhaus Travemünde“ im nichtöffentlichen Teil unter TOP 15 zu behandeln.

Herr Senator Schindler begründet den Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit.

Der Vorsitzende lässt über beide Anträge „en bloc“ abstimmen.

Der Ausschuss beschließt mit 12 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung den Ausschluss der Öffentlichkeit.

Herr Jugert beantragt die Teilnahme am nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Die Vertreterinnen des Personalrats der SIE beantragen die Teilnahme an der Beratung zu TOP 14.

Der Vorsitzende erklärt, eine entsprechende Abstimmung erfolge nach Beendigung des öffentlichen Teils.

Die Tagesordnung ist damit festgestellt.

TOP 4 Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 04.03.2014

Zur Niederschrift Nr. 5 über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales am 04.03.2014 gab es im Vorwege keine Anmerkungen, weder schriftlich noch mündlich.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine Einwände vorgetragen.

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung ist damit festgestellt.

TOP 5 Mitteilung des Vorsitzenden

5.1 Termininformationen

Vor Sitzungsbeginn wurden Termininformationen für die nächste Sitzung des Ausschusses umverteilt.

5.2 Sommerfeste in den SeniorInnenEinrichtungen

Vor Sitzungsbeginn wurden die Termine der Sommerfeste in den SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck umverteilt. Der Vorsitzende bittet die Mitglieder des Ausschusses, zahlreich an den Veranstaltungen teilzunehmen und Frau Roggensack die Teilnahme vorher anzuzeigen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 6 Berichte

**TOP 6.1 Umsetzung Maßnahmenplan SeniorInnenEinrichtungen (SIE)
-ständiger mündlicher Sachstandsbericht-**

Herr Senator Schindler führt aus, morgen (am 02.04.2014) werde im Senat ein Bericht der Bereichsleitung der SIE zum Jahresergebnis 2013 erörtert und auf den Weg in die Gremien gegeben.

Der Hauptausschuss solle noch am 08.04.2014 erreicht werden.

Herr Senator Schindler bittet um Verständnis, dass diesbezüglich zunächst keine weiteren Ausführungen erfolgen.

Weiterhin möchte Herr Senator Schindler die Anschuldigungen in der letzten Sitzung des Sozialausschusses sowie in der Bürgerschaftssitzung am 27.03.2014 zurückweisen, der Ausschuss sei nicht rechtzeitig über die Entwicklungen informiert worden, die Fachbereichsleitung habe die Informationen wochenlang zurückbehalten.

Am 04.02.2014 sei er von der Bereichsleitung der SIE über die Entwicklung in 2013 mündlich in Kenntnis gesetzt worden; detaillierte Zahlen wurden ihm am 17.02.2014 genannt. Sodann sei im Senat und anschließend am 04.03.2014 im Sozialausschuss berichtet worden.

Am 05.03.2014 sei die Aufforderung an die Bereichsleitung ergangen, den o.a. Bericht zu erstellen, der ihm am 21.03.2014 vorgelegt worden sei und morgen im Senat erörtert werde. Eine schnellere Befassung mit dem Thema sei in den vergangenen 8 Wochen nicht möglich gewesen.

Anschließend führt Frau Roggensack zu geplanten Gegensteuerungsmaßnahmen aus, u.a.:

- Erstellung von internen Bearbeitungshinweisen zur Kurzzeitpflege
- Gestärkte Gesundheitsförderung (Rückenschulung)
- Grundsätzliche Urlaubssperre für den Monat Dezember
- Maßnahmen zur Senkung der Energiekosten.

Zudem seien weitere Maßnahmen in Planung, die aber zunächst mit dem Personalrat der SIE abzustimmen seien.

Zu diesem Tagesordnungspunkt stellt Frau Menorca einen Antrag, der gemeinsam mit dem unter TOP 6.1.1 gestellten Antrag von Herrn Schaffenberg beraten wird.

Auf die Ausführungen zum TOP 6.1.1 wird verwiesen.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

**TOP 6.1.1 Antrag zu TOP 6.1 Umsetzung Maßnahmenplan SenioreInneneinrichtungen
(SIE)
Vorlage: VO/2014/01519**

Auf die Ausführungen zu TOP 6.1 wird verwiesen.

Frau Menorca stellt folgenden **Antrag** und begründet diesen:

Der Sozialausschuss möge beschließen:

Der Bürgermeister wird aufgefordert, dem Sozialausschuss die betriebswirtschaftliche Auswertung der SIE zur Sitzung im Juni 2014 vorzulegen.

Zukünftig wird dem Sozialausschuss fortlaufend in jedem Quartal schriftlich über die wirtschaftliche Sanierung der SIE unter Vorlegung aktueller betriebswirtschaftlicher Zahlen berichtet.

Herr Schaffenberg stellt folgenden **Antrag** und begründet diesen:

Der Sozialausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Mitgliedern des Sozialausschusses monatlich, ab Mai 2014, einen schriftlichen Bericht zur wirtschaftlichen Situation der „SIE“ vorzulegen. Der Bericht muss mindestens einen Vergleich der Plan- und IST-Zahlen in den wesentlichen Kostengruppen und der Einnahmen beinhalten. Der Bericht ist für jede einzelne Einrichtung und als Gesamtsumme über alle Einrichtungen zu erstellen. Abweichungen zwischen Plan- und IST-Zahlen sind schriftlich zu begründen. Bei Abweichungen sind die Maßnahmen der Gegensteuerung zu beschreiben.

Die Verwaltung wird weiterhin aufgefordert, dass der Wirtschaftsprüfer im Rahmen des Jahresabschlusses 2013 prüft :

- *Die Angemessenheit des Risikomanagements*
- *Personalabrechnung und Verträge*
- *Verträge mit den Krankenkassen und Dienstleistern*
- *Mietverträge*
- *Aufgabenwahrnehmung der Betriebsleitung*
- *Angemessenheit der Buchführung*

Dieser Bericht wird ebenfalls dem Sozialausschuss und dem Hauptausschuss schriftlich vorgelegt.

Nach eingehender Diskussion und einer gemeinsamen Beratung, zu der die Sitzung für 10 Minuten unterbrochen wurde, zieht Frau Menorca ihren Antrag zurück.

Der Ausschuss beschließt den Antrag von Herrn Schaffenberg einstimmig mit folgender Ergänzung: „...Bei Abweichungen sind die Maßnahmen der Gegensteuerung zu beschreiben und mit Zahlen zu hinterlegen. ...“

TOP 6.2 Soziale Stadt Moisling -mündlicher Bericht Herr Selk (Fachbereich 5)-

Herr Selk nimmt Bezug auf die Anfrage des Ausschusses bezüglich einer regelmäßigen Berichterstattung über die Umsetzung des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“ in Moisling und stellt den aktuellen Sachstand dar:

- Die „Soziale Stadt“ ist ein Städtebauförderungsprogramm, das von Bund und Ländern getragen wird. Verfahren, Inhalte und Förderwesen sind grundlegend im BauGB und den Städtebauförderungsrichtlinien des Landes Schleswig-Holstein definiert.
- Durch die integrierte und umfassende Ausrichtung des Förderungsprogramms werden in der Umsetzung – aufbauend auf investiven Maßnahmen – ergänzende Maßnahmen und Projekte in den Bereichen Bildung, Beschäftigung und Integration angestoßen und realisiert. Aus diesem Grund wird der Prozess – wie auch schon bei

der Programmumsetzung in Buntekuh – durch eine verwaltungsinterne, fachbereichsübergreifende Lenkungsgruppe begleitet und koordiniert. In der Lenkungsgruppe wirken unter der Federführung des FB 5 die Fachbereiche 2,3 und 4 sowie das Frauenbüro mit.

- Die vorbereitenden Untersuchungen (VU) nach BauGB werden seit März 2013 in Moisling durchgeführt. Über die Inhalte und Beteiligungsformate der VU wurde der Sozialausschuss in seiner Sitzung am 03.12.2013 bereits informiert.
- Die VU stehen vor dem Abschluss. Die verwaltungsinterne Abstimmung ist weitgehend erfolgt, aktuell befindet sich der FB 5 in Abstimmung mit dem Fördermittelgeber.
- Nach der inhaltlichen Abstimmung sind eine öffentliche Abschlussveranstaltung zu den VU im Stadtteil sowie ein Informationstermin mit Stadtteilrundgang für die bau-, sozial- und jugendpolitischen SprecherInnen der Fraktionen vorgesehen. Der VU-Bericht wird abschließend den zu beteiligenden politischen Ausschüssen vorgelegt.
- Der im Januar 2014 durch die Bürgerschaft beschlossene Antrag auf Städtebauförderungsmittel für das Programmjahr 2014 wurde fristgerecht beim Fördermittelgeber eingereicht.
- Eine Beschlussvorlage für einen Antrag auf Städtebauförderungsmittel für die Programmjahre 2015 und folgende wird – auf Basis einer abgestimmten und beschlossenen VU – den Ausschüssen und der Bürgerschaft voraussichtlich im Herbst/Winter 2014 vorgelegt.

Abschließend beantwortet Herr Selk eine Frage von Frau Menorca.
Der Vorsitzende dankt Herrn Selk für seine Ausführungen.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

TOP 6.3 Jahresbericht 2013 der Beauftragten für Menschen mit Behinderung in der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2014/01414

Frau Bade führt kurz zu ihrem Bericht aus und beantwortet Fragen von Frau Gersdorf und Frau Menorca.
Außerdem spricht Herr Klinkel.

Der Vorsitzende dankt Frau Bade für ihren Bericht und ihr Engagement.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 6.4 KISS

Herr Dr. Hamschmidt verweist auf den von Frau Jansen in der Ausschusssitzung am 05.11.2013 gestellten Antrag sowie auf den Prüfauftrag der Bürgerschaft vom 28.11.2013. Danach hat die Verwaltung zu prüfen, inwieweit Freie Träger die Aufgabe der KISS übernehmen könnten.

Aus diesem Grund wurden am 17.01.2014 die denkbaren freien Träger im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens angeschrieben.

Zudem fand am 26.02.2014 ein Gespräch im Rathaus statt, an dem der Vorsitzende, Herr Senator Schindler, Vertreter der Fraktionen, der Förderverein der Lübecker Selbsthilfegruppen e.V., der Arbeitskreis PRO KISS, zwei Selbsthilfegruppen und das Gesundheitsamt teilnahmen. Dort überreichte PRO KISS eine Unterschriftensammlung; der

überwiegende Teil der politischen Vertreter sprach sich gegen eine Übernahme durch einen Freien Träger aus; Herr Senator Schindler sagte eine finanzielle Unterstützung durch die Stadt im Falle einer Übernahme zu.

Am 14.03.2014 erhielt das Gesundheitsamt ein Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände Lübeck (Herrn Wulff) mit dem Tenor, dass dort zwar eine Übernahme der Aufgabe kritisch gesehen wird, dass aber darüber nachgedacht werden könnte unter folgender Voraussetzung: „Wenn in dieser Angelegenheit ein konstruktiver Weg beschritten werden soll, wird dies nicht ohne eine kommunale Förderung möglich sein. Sollte dieses in Aussicht stehen, schlage ich ein Gespräch auf Ebene der AG der Wohlfahrtsverbände vor.“

Der Vorsitzende erteilt Frau Wörn das Wort, die sich dafür ausspricht, die Beratungsstelle bei der Hansestadt Lübeck zu belassen; die Stadt sei unabhängig, das Verwaltungszentrum Mühlentor sei bekannt und zentral gelegen; das Geld, das die Hansestadt Lübeck für einen Freien Träger ausgeben würde, könne so bei der Stadt verbleiben.

Herr Senator Schindler betont die Wichtigkeit der Arbeit der Selbsthilfegruppen, weist aber auf den Bürgerschaftsauftrag hin zu prüfen, ob seitens der Freien Träger Interesse besteht, die Aufgabe der KISS in gleicher Qualität fortzuführen.

Es sei ein Termin für ein Gespräch mit der AG der Freien Wohlfahrtsverbände anvisiert. In der nächsten Sitzung des Ausschusses werde über den Ausgang des Gespräches berichtet.

Frau Schäfer-Reimers möchte an die Zusage von Herrn Senator Schindler erinnern, dass PRO KISS an den Beratungen mit den Freien Wohlfahrtsverbänden teilnimmt. Herr Senator Schindler bestätigt die Zusage.

Herr Wahl führt ergänzend aus, er habe Sorge, dass mit der Übernahme der Aufgabe durch einen Freien Träger Frau Körner nicht mehr zur Verfügung steht. Die Einarbeitung einer neuen Kraft würde Monate dauern.

Frau Jansen erklärt, das Geld für die „letzte 1/2 Stelle“ müsse die Hansestadt Lübeck übrig haben; die Qualität müsse stimmen, und diese werde bei den Freien Wohlfahrtsverbänden in Frage gestellt.

Es sprechen außerdem Frau Bade, Herr Wulff (mit Zustimmung des Ausschusses) und Herr Petereit.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

TOP 7 Beschlussvorlagen

Es liegt nichts vor.

TOP 8 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**TOP 8.1 Resolution Frauenhausplätze
Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft vom 29. August 2013; Antrag
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: VO/2013/00907**

Der Überweisungsauftrag wurde mit der Maßgabe der erneuten Beratung in der Bürgerschaft an den Ausschuss für Soziales überwiesen.

In der Sitzung am 05.11.2013 hatte der Ausschuss einstimmig beschlossen, den Antrag zurückzustellen mit der Zielsetzung, eine interfraktionelle Resolution zu entwerfen.

Vor Sitzungsbeginn wurde folgende Austauschvorlage mit der VO-Nr. 2014/01516 umverteilt:

Antrag:

Die Lübecker Bürgerschaft appelliert an die Landesregierung, die Anzahl der Frauenhausplätze in den beiden Frauenhäusern in Lübeck zu erhöhen. Durch die Schließung des AWO Frauenhauses und die nachträgliche Wiedereröffnung (mit reduzierter Platzanzahl) dieser Zufluchtsstätte für Frauen und deren Kinder, die von Gewalt betroffen sind, besteht immer noch gravierender Platzmangel. Wir stehen zu den Frauenhäusern in der Hansestadt Lübeck und sehen den dringenden Bedarf von mindestens 16 weiteren Plätzen gegeben. Die Sicherheit von Frauen und Kindern hat oberste Priorität. Es ist Landesaufgabe, den sicheren Raum bereit zu stellen und durch die Betreuung und Hilfe vor Ort den Opfern von Gewalt auf lange Sicht wieder die Teilnahme am öffentlichen Leben zu ermöglichen. Wir fordern die Landesregierung auf, sich beim Bund für eine einheitliche Finanzierung der Arbeit von Gewaltschutzeinrichtungen einzusetzen.

Begründung:

Es ist Aufgabe des Landes, ausreichend Plätze für Frauen und ihre Kinder zur Verfügung zu stellen, die Zuflucht vor häuslicher Gewalt suchen. Das Autonome Frauenhaus ist seit der Schließung des AWO-Frauenhauses und Streichung von 42 Plätzen dauerhaft überbelegt. Das AWO-Frauenhaus wurde zwar wieder eröffnet, jedoch kamen zu den 12 bereits bestehenden Plätzen in Schutzwohnungen nur drei weitere Frauenhausplätze hinzu, so dass es kaum Entspannung in der Situation gibt. Wenn ein Frauenhaus zu 100% belegt ist, bedeutet es, dass keine weitere Frau (mit Kind) aufgenommen werden kann. Erst bei einer durchschnittlichen Belegungsquote von 60-70%, wie es vor der Schließung des AWO-Frauenhauses bzw. 80-90% im Autonomen Frauenhaus der Lübecker Situation entsprach, ist gewährleistet, dass Schutz suchende Frauen in Lübeck Zuflucht finden und die Mitarbeiterinnen nicht dauerhaft einer Arbeitssituation ausgesetzt werden, die gesundheitsschädigend ist.

Herr Klinkel begründet nochmals den Antrag; Frau Kehl führt dazu ergänzend aus.

Es folgt eine umfangreiche kontroverse Diskussion zum Ablauf des Abstimmungsverfahrens und zum Inhalt der Resolution.

Es sprechen dazu Frau Regier, Frau Menorca, Herr Klinkel, Frau Jansen, Frau Sasse, Herr Schaffenberg sowie Herr Krause.

Eine erneute Beratung und Vertagung der Angelegenheit lehnt Herr Klinkel auf Nachfrage ab.

Der Vorsitzende lässt über den Überweisungsauftrag abstimmen.

Frau Wolter ist bei dieser Abstimmung abwesend.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mit 9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen, dem Antrag in der Fassung der Austauschvorlage stattzugeben.

TOP 9 Mitteilungen aus dem Fachbereich 2

**TOP 9.1 Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte
Sitzung Ausschuss für Soziales am 01.04.2014
Vorlage: VO/2014/01482**

Die Liste der nicht erledigten Tagesordnungspunkte liegt den Mitgliedern des Ausschusses vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 9.2 Besetzung der Planstelle der Leitung des Bereiches 2.500 - Soziale Sicherung -

Herr Senator Schindler stellt Frau Schwartz offiziell als neue Leiterin des Bereiches 2.500 vor.

Der Vorsitzende beglückwünscht Frau Schwartz im Namen des Ausschusses.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 9.3 Bereichsreport; hier: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Frau Schwartz und Herr Langhans berichten im Rahmen der Vorstellung des Bereichsreports zum Thema „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ anhand einer Powerpoint-Präsentation. Die entsprechenden Unterlagen sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Eine Frage von Frau Menorca bezüglich der Fallzahlsteigerungen beantwortet Frau Schwartz.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 9.4 Anpassung des "Schlüssigen Konzeptes"

Nach einigen einleitenden Worten von Frau Schwartz führt Frau Leu anhand einer Powerpoint-Präsentation zum Thema aus. Die Mietobergrenzen werden zukünftig als Bruttokaltmiete ausgewiesen.

Die Neufassung des "Schlüssigen Konzeptes" und der "Internen Bearbeitungshinweise" zu den Kosten der Unterkunft wird den Mitgliedern des Ausschusses in den nächsten Tagen per e-mail übersandt.

Frau Leu bietet den Ausschussmitgliedern an, eventuelle Fragen in einem gemeinsamen Gespräch zu klären.

Eine Anpassung der Mietobergrenzen müsse jährlich erfolgen, da sich der Betriebskostenspiegel jährlich ändert.

Fragen von Herrn Klinkel und Frau Menorca beantwortet Frau Leu.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 10 Anfragen

Es liegt nichts vor.

TOP 11 Anträge von Ausschüssen/Ausschussmitgliedern

**TOP 11.1 KISS
Antrag von AM Antje Jansen
Vorlage: VO/2013/00994**

Dieser TOP ist gegenstandslos mit der Behandlung des mündlichen Berichts zu TOP 6.4.

**TOP 11.2 Weiterführung des Senioren- und Freizeitpasses
Antrag von AM Heidi Menorca
Vorlage: VO/2014/01458**

Frau Menorca stellt folgenden **Antrag** und begründet diesen:

Die Weiterführung des Senioren- und Freizeitpasses in 2015 wird von der Sperrfrist ausgenommen, bis der Prüfauftrag von der Verwaltung vorgelegt wird.

Auf ihre Bitte und mit Einverständnis des Ausschusses erteilt der Vorsitzende Herrn Wulff (Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände Lübeck) Rederecht; dieser unterstützt den Antrag.

Herr Senator Schindler verweist auf den Prüfauftrag der Bürgerschaft, für den der Fachbereich 4 federführend ist; die Verwaltung sei verpflichtet, die Ergebnisse der Prüfung abzuwarten.

Im April werde dem Senat voraussichtlich der 1. Bericht zu den Prüfungsergebnissen vorgelegt.

Herr Schaffenberg stellt einen Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes bis zur Erledigung des Prüfauftrags der Bürgerschaft.

Es sprechen Frau Regier, Frau Gersdorf, Herr Petereit, Herr Jugert, Frau Jansen, Frau Kehl, Frau Wolter sowie Herr Sanders.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

Der Ausschuss beschließt mit 9 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung die Vertagung des Tagesordnungspunktes bis zur Erledigung des Prüfauftrags der Bürgerschaft.

**TOP 11.3 Optimierung Raummanagement "Am Behnckenhof"
Antrag von AM Natalie Regier
Vorlage: VO/2014/01443**

Frau Regier stellt folgenden **Antrag**:

Der Bürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob die leer stehenden Räumlichkeiten in der oberen Etage der Senioreneinrichtung „Am Behnckenhof“ für die Unterbringung von Asylbewerbern genutzt werden

können. Alternative Raumnutzungskonzepte sind ebenfalls aufzuzeigen. Der Bericht ist der Bürgerschaft in der Juni-Sitzung 2014 vorzulegen.

Frau Regier begründet ihren Antrag und ändert diesen bezüglich des Wortlautes im letzten Satz wie folgt. „Der Bericht ist dem Sozialausschuss in der Juni-Sitzung 2014 vorzulegen.“

Mit Zustimmung von Frau Regier wird die Verwaltung in der Ausschusssitzung im Juni zu dieser Thematik zunächst mündlich berichten.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag in der geänderten Fassung abstimmen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dem Antrag in der geänderten Fassung stattzugeben.

TOP 12 Verschiedenes

Frau Menorca fragt Herrn Dr. Hamschmidt nach den Ergebnissen der Schuleingangsuntersuchungen. „Gibt es irgendwelche Auffälligkeiten bei den Kindern?“

Herr Dr. Hamschmidt sagt zu, im Herbst entsprechend zu berichten.

TOP 16 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil ein mündlicher Bericht der Verwaltung sowie eine Anfrage eines Ausschussmitgliedes behandelt worden sind.

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am Dienstag, 03.06.2014, im VZM Mühlentor statt.

Lübeck, den 4. Juni 2014

Gez.
Andreas Sankewitz
Vorsitzender

Gez.
Britta Bormann
Protokollführung